

über die 15. Sitzung des Ausschusses für Stadtplanung, Umwelt, Bauen und Verkehr der Stadt Monheim am Rhein vom 04.05.2017

Sitzungsraum: Ratssaal, Rathaus, Rathausplatz 2, 40789 Monheim am Rhein
Beginn: 18:02 Uhr
Ende: 21:07 Uhr

Anwesend:

Bürgermeister

Herr Daniel Zimmermann

Mitglieder der PETO-Fraktion

Herr Andy Eggert

Herr Patrick Fuest

Frau Carina Häusler

Herr Tim Kögler

Herr Steffen Pawlik

Herr Lucas Risse

Frau Bianca Rosenstetter

Frau Monika Sikora

Herr Marius Volgmann

Herr Christian Weiffen

ab Tagesordnungspunkt 7

Mitglieder der CDU-Fraktion

Herr Heinz-Jürgen Goldmann

Herr Markus Gronauer

Herr Michael Nagy

Mitglieder der SPD-Fraktion

Herr Werner Goller

Vertretung für Herr Benjamin Kenzler

Mitglieder der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen

Herr Manfred Poell

von der Verwaltung

Herr Andreas Apsel

Herr Rainer Fester

Frau Kerstin Frey

Frau Ella Lebzak

Herr Florian Sandner

Herr Robert Ullrich

Herr Thomas Waters

Schriftführer

Herr Wolfgang Mansen

Entschuldigt fehlten:

Mitglieder der SPD-Fraktion

Herr Benjamin Kenzler

von der Verwaltung

Herr Stefan Becher

Herr Manfred Hein

Herr Michael Lobe

Frau Susanne Niederlehner

Herr Marc Oberthür

Frau Laura Siebert

Herr Oliver Wiesner

Tagesordnung:

TOP	Beratungsgegenstand	Vorlage Nr.
1	Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit	
2	Kenntnisnahme der Niederschrift der letzten Sitzung - öffentlicher Teil -	
3	Bericht über die Ausführung der Beschlüsse der Sitzung vom 09.02.2017 -öffentlicher Teil-	IX/1097
4	Fragezeit für Einwohnerinnen und Einwohner	
5	9. Satzung zur Änderung der "Satzung der Stadt Monheim am Rhein über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren (Straßenreinigungs- und Gebührensatzung) vom 16.12.2008"	IX/1071
6	Konzept einer zusätzlichen Laubsammlung im Holsystem in den Monaten Oktober und November	IX/1029
7	Baubeschluss zur Umgestaltung der Kreuzung Bleer Straße / Berliner Ring zu einem Kreisverkehrsplatz	IX/1111
8	Baubeschluss zur Umgestaltung der Querung Turmstraße/Kapellenstraße	IX/1099
9	Neubau eines Kreisverkehrsplatzes an der Autobahnausfahrt am Autobahnkreuz Monheim Süd	IX/1106
10	Baubeschluss Kreisverkehr Monheimer Straße / Sandstraße/ Griesstraße	IX/1107
11	Baubeschluss zur grundhaften Erneuerung der Sandstraße von Monheimer- bis Griesstraße	IX/1108

- | | | |
|------|--|---------|
| 12 | Beschluss zum Bau der Hochwasserschutzanlage
Rheinuferstraße in Monheim am Rhein / Heerweg in Leverkusen
zwischen Rhein-Kilometer 707,0 und 707,5, rechtes Ufer | IX/1109 |
| 13 | Vorhabenbezogener Bebauungsplan 65B "Hotel Rheinterrassen"
1. Aufstellungsbeschluss
2. Verfahren gem. § 13a BauGB
3. Beschluss frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit | IX/1081 |
| 14 | Vorhabenbezogener Bebauungsplan 146M "Postgebäude
Friedrichstraße"
1. Aufstellungsbeschluss
2. Verfahren gem. § 13a BauGB
3. frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit | IX/1082 |
| 15 | Bebauungsplan 77M 6. Änderung "Heinestraße"
1. Aufstellungsbeschluss
2. Durchführung eines Gutachterverfahrens zur Umgestaltung
der Heinestraße/Friedrichstraße
3. Beschluss zur frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit | IX/1091 |
| 16 | Bebauungsplan 69B "Grazer Straße"
1. Beschluss öffentliche Auslegung | IX/1090 |
| 17 | Bebauungsplan 103M "westlich Vereinsstraße"
Städtebauliches Gutachterverfahren zur Attraktivierung und
Nachverdichtung der Baugebiete zwischen Rathausplatz und
Gartzenweg | IX/1094 |
| 18 | Bebauungsplan 52B 1.Änderung "Rheinradweg"
1. Behandlung der Anregungen
2. Satzungsbeschluss | IX/1096 |
| 19 | Bebauungsplan 49B - 2.Änderung "Gewerbegebiet Knipprather
Busch"
1. Behandlung der Anregungen
2. Satzungsbeschluss | IX/1083 |
| 20 | Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 19.04.2017
"Erstellung eines Zeitplans zur Umsetzung des vorliegenden
Konzeptes für insekten- und bienenfreundliche Blühflächen" | IX/1117 |
| 21 | Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 19.04.2017
"Baumfällungsbilanz" | IX/1116 |
| 22 | Mündliche Mitteilungen | |
| 22.1 | Terminierung einer Sondersitzung des Ausschusses | |
| 23 | Mündliche Anfragen | |

Sitzungsergebnis:

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit**

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

2 Kenntnisnahme der Niederschrift der letzten Sitzung - öffentlicher Teil -

Der Ausschuss nimmt die Niederschrift der letzten Sitzung –öffentlicher Teil- zur Kenntnis.

**3 Bericht über die Ausführung der Beschlüsse der Sitzung vom 09.02.2017 -
öffentlicher Teil-
Vorlage: IX/1097**

Der Ausschuss nimmt den Bericht über die Ausführung der Beschlüsse der letzten Sitzung –öffentlicher Teil- zur Kenntnis.

zur Kenntnis genommen

4 Fragezeit für Einwohnerinnen und Einwohner

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

**5 9. Satzung zur Änderung der "Satzung der Stadt Monheim am Rhein über die
Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren
(Straßenreinigungs- und Gebührensatzung) vom 16.12.2008"
Vorlage: IX/1071**

Der Vertreter der CDU-Fraktion fragt, mit welchen Kosten für die Rückzahlung zu rechnen sei und wie hoch der Aufwand für die Maßnahme sei.

Der Vertreter der Verwaltung berichtet, dass die Höhe der gesamten Rückzahlung bei ca. € 2.200,- liege. Der Aufwand für die Abwicklung sei insgesamt überschaubar.

Beschlussempfehlung

Die 9. Satzung zur Änderung der „Satzung der Stadt Monheim am Rhein über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren (Straßenreinigungs- und Gebührensatzung) vom 16.12.2008“ wird in der vorgelegten Fassung beschlossen.

Die Satzung ist Bestandteil des Beschlusses.

einstimmig zugestimmt

**6 Konzept einer zusätzlichen Laubsammlung im Holsystem in den Monaten
Oktober und November**

Vorlage: IX/1029

Der Vertreter der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen fragt, ob in die Säcke auch andere Bioabfälle eingefüllt werden können, die Abfuhr der Tüten parallel zur Biotonne erfolgt und eine Möglichkeit besteht, schnell verrottende Plastiktüten zu verwenden.

Der Vertreter der Verwaltung antwortet, dass die Säcke nur zur Laubsammlung dienen und parallel zur Abfuhr der Biotonnen eingesammelt werden sollen. Eine Verwendung von Bioplastik sei nach Rücksprache mit Vertretern der Kompostierungsanlage unerwünscht.

Der Vertreter der SPD-Fraktion dankt der Verwaltung für die Vorlage.

Die Vertreterin der PETO-Fraktion begrüßt das Konzept.

Beschlussempfehlung

Die Verwaltung wird beauftragt, das dargestellte Konzept der zusätzlichen Laubsammlung im Holsystem in den Monaten Oktober und November umzusetzen.

einstimmig zugestimmt

7 Baubeschluss zur Umgestaltung der Kreuzung Bleer Straße / Berliner Ring zu einem Kreisverkehrsplatz

Vorlage: IX/1111

Frau Vassillière vom Büro „AGEVA“ erläutert einführend die Planung.

Der Vorsitzende teilt mit, dass die vorliegende Beschlussvorlage fehlerhaft sei. Über folgenden Beschlussvorschlag werde abgestimmt:

„Die Verwaltung wird beauftragt, entsprechend der vorgelegten Planung die Maßnahme „Kreisverkehrsplatz Bleer Straße/Berliner Ring“ baulich umzusetzen. Die hierfür erforderlichen Mittel sind bereits im Haushaltsplan 2017 berücksichtigt.“

Beschlussempfehlung

Die Verwaltung wird beauftragt, entsprechend der vorgelegten Planung die Maßnahme „Kreisverkehrsplatz Bleer Straße/Berliner Ring“ baulich umzusetzen. Die hierfür erforderlichen Mittel sind bereits im Haushaltsplan 2017 berücksichtigt.

einstimmig zugestimmt

8 Baubeschluss zur Umgestaltung der Querung Turmstraße/Kapellenstraße

Vorlage: IX/1099

Herr Wienecke „Planergruppe Oberhausen“ stellt die Planung vor.

Beschlussempfehlung

Die Verwaltung wird beauftragt, auf Basis der vorgelegten Planung die Umsetzung der Baumaßnahme „Querung Turmstraße/Kapellenstraße“ zu realisieren.

einstimmig zugestimmt

**9 Neubau eines Kreisverkehrsplatzes an der Autobahnausfahrt am
Autobahnkreuz Monheim Süd
Vorlage: IX/1106**

Zum Tagesordnungspunkt liegen keine Wortmeldungen vor.

zur Kenntnis genommen

**10 Baubeschluss Kreisverkehr Monheimer Straße / Sandstraße/ Griesstraße
Vorlage: IX/1107**

Der Vertreter der Verwaltung erläutert eingehend die vorliegende Planung.

Der Vertreter der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hält die Maßnahme für durchaus nachvollziehbar, der Ablauf der Planung sei jedoch nicht akzeptabel gewesen. Er fragt, ob die Verteilung der geplanten Bäume gleichmäßiger erfolgen könne. Er fragt weiter, ob die Verwaltung Probleme hinsichtlich der Verringerung von Parkraum sehe.

Der Bürgermeister antwortet, dass der Ablauf über die Darstellung im Bürgerhaushalt nicht ungewöhnlich gewesen sei. Die hiernach durchgeführte Bürgeranhörung habe zu weiteren Erkenntnissen geführt.

Der Vertreter der Verwaltung ergänzt, dass die Verwaltung nach der Bürgeranhörung einen Kompromiss zwischen Bäumen und Parkraum habe finden müssen. Die Summe an Bäumen bleibe erhalten, die Anzahl der Stellplätze werde verringert. Der Vertreter der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bittet die Finanzierung der Maßnahme im HAFI zu erläutern.

Beschlussempfehlung

Die Verwaltung wird beauftragt, die vorgelegten Planung die Maßnahme „Bau eines Kreisverkehrsplatzes am Knoten Monheimer Straße/ Sandstraße/ Griesstraße“ baulich umzusetzen.

Die Maßnahme soll parallel mit der grundhaften Sanierung der Sandstraße durchgeführt werden.

einstimmig zugestimmt

**11 Baubeschluss zur grundhaften Erneuerung der Sandstraße von Monheimer-
bis Griesstraße
Vorlage: IX/1108**

Der Vertreter der Verwaltung stellt die Planung vor.

Beschlussempfehlung

Die Verwaltung wird beauftragt, entsprechend der vorgelegten Planung die Maßnahme „Grundhafte Erneuerung der Sandstraße von Monheimer- bis Griesstraße“ baulich umzusetzen.

einstimmig zugestimmt

- 12 Beschluss zum Bau der Hochwasserschutzanlage Rheinuferstraße in Monheim am Rhein / Heerweg in Leverkusen zwischen Rhein-Kilometer 707,0 und 707,5, rechtes Ufer**
Vorlage: IX/1109

Zum Tagesordnungspunkt liegen keine Wortmeldungen vor.

Beschlussempfehlung

Die Verwaltung wird mit dem Bau der Hochwasserschutzanlage Rheinuferstraße in Monheim am Rhein / Heerweg in Leverkusen zwischen Rhein-Kilometer 707,0 und 707,5, rechtes Ufer, gemäß Planfeststellungsbeschluss der Bezirksregierung Düsseldorf vom 31.03.2017 beauftragt.

einstimmig zugestimmt

- 13 Vorhabenbezogener Bebauungsplan 65B "Hotel Rheinterrassen"**
1. Aufstellungsbeschluss
2. Verfahren gem. § 13a BauGB
3. Beschluss frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit
Vorlage: IX/1081

Frau Meier vom Planungsbüro H+B Stadtplanung und der Architekt Herr Möller erläutern die vorliegende Planung.

Der Vertreter der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ist mit der geplanten Architektur wegen der Nachbargebäude unglücklich.

Der Vertreter der Verwaltung schlägt vor, den Hinweis mit in die Bürgerbeteiligung zu nehmen.

Der Vertreter der CDU-Fraktion fragt nach der Leistungsfähigkeit des Fahrzeugaufzuges.

Der Architekt erläutert, dass der Aufzug kurze Be- und Entladezeiten hat, jedoch wesentlich weniger Fläche benötigt.

Der Vertreter der PETO-Fraktion begrüßt die Investitionsmaßnahme als Begleitung zu den städtischen Maßnahmen.

Beschlussempfehlung

1. Die Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes 65B „Hotel Rheinterrassen“ wird gemäß § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) beschlossen. Ziel des Bebauungsplanes ist, das Plangebiet einer neuen, weitergehenden gewerblichen Entwicklung für einen Hotel- und Gaststättenbetrieb zuzuführen. Der räumliche Geltungsbereich des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes 65B ergibt sich aus dem als Anlage 1 beigefügten Lageplan, der Bestandteil dieses Beschlusses ist.
2. Der vorhabenbezogene Bebauungsplan 65B „Hotel Rheinterrassen“ wird als Bebauungsplan der Innenentwicklung gemäß § 13a Baugesetzbuch (BauGB) durchgeführt. Von einer Umweltprüfung gemäß § 2 Abs. 4 BauGB wird abgesehen.
3. Auf Grundlage des vorgestellten Planungsentwurfes wird die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) beschlossen.

einstimmig zugestimmt

14 Vorhabenbezogener Bebauungsplan 146M "Postgebäude Friedrichstraße"

- 1. Aufstellungsbeschluss**
 - 2. Verfahren gem. § 13a BauGB**
 - 3. frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit**
- Vorlage: IX/1082**

Herr Beele vom Planungsbüro H+B Stadtplanung, Herr Ben Mosche, Niederlassungsleiter der SAN Investments GmbH und Herr Möller von Lindner Architekten stellen das Projekt vor.

Der Vertreter der CDU-Fraktion kann sich ein hohes Gebäude vorstellen, sieht jedoch noch städtebaulichen Handlungsbedarf.

Der Vertreter der PETO-Fraktion begrüßt die vorliegende Planung.

Der Vertreter der SPD-Fraktion hält die Entwicklung für wünschenswert und positiv. Bei der Höhe und der Art des geplanten Gebäudes wären weitere Alternativen angezeigt.

Der Vertreter der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen schließt sich den Ausführungen der SPD-Fraktion an. Die Attraktivierung der Unterführung durch Gewerbe sei sehr zu begrüßen. Es seien allerdings noch verschiedene Dinge zu überarbeiten.

Der Bürgermeister erinnert daran, dass seit mehreren Jahren ein Investor für die Örtlichkeit gesucht werde. Der dortige Bereich sei wegen der Höhe der Gebäude prägend für das Berliner Viertel.

Beschlussempfehlung

1. Die Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes 146M „Postgebäude Friedrichstraße“ wird gemäß § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) beschlossen. Ziel des Bebauungsplanes ist die innerstädtische Nachverdichtung und Schaffung von Wohn- und Gewerbeflächen. Der räumliche Geltungsbereich des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes 146M ergibt sich aus dem als Anlage 1 beigefügten Lageplan, der Bestandteil dieses Beschlusses ist.
2. Der vorhabenbezogene Bebauungsplan 146M „Postgebäude Friedrichstraße“ wird als Bebauungsplan der Innenentwicklung gemäß § 13a Baugesetzbuch (BauGB) durchgeführt. Von einer Umweltprüfung gemäß § 2 Abs. 4 BauGB wird abgesehen.
3. Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) wird beschlossen.

einstimmig zugestimmt

15 Bebauungsplan 77M 6. Änderung "Heinestraße"

- 1. Aufstellungsbeschluss**
 - 2. Durchführung eines Gutachterverfahrens zur Umgestaltung der Heinestraße/Friedrichstraße**
 - 3. Beschluss zur frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit**
- Vorlage: IX/1091**

Der Vertreter der Verwaltung erläutert die Vorlage.

Der Vertreter der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen fragt, ob es richtig sei, dass nur ein Gutachter beschäftigt werden solle. Sollte dem so sein, stelle seine Fraktion den Antrag, mehrere Planungsbüros zu beauftragen Ideen vorzulegen.

Der Vertreter der Verwaltung antwortet, dass es richtig sei, dass nur ein Planungsbüro beauftragt werden solle. Die Beauftragung von nur einem Büro allerdings mit mehreren Planungsteams und der Zusage der Beteiligung weiterer Planungsbüros, quasi als Subunternehmer, sei wegen der zeitlichen Enge der Maßnahme nötig.

Der Vertreter der SPD-Fraktion fragt hinsichtlich des Geltungsbereiches, ob auch die Ostseite des Rathauscenters bis zu dessen Rückseite Gegenstand der Überlegungen sein soll.

Der Vertreter der Verwaltung antwortet, dass diese Bereiche in den Geltungsbereich des Bebauungsplanes aufgenommen werden solle, da es sich um Privatflächen handle die als öffentliche Verkehrsflächen festgesetzt werden sollen. Im Gutachterverfahren wolle sich die Verwaltung allerdings auf die Heinestraße, die Unterführung und den Bereich der Friedrichstraße beschränken. Dieses Verfahren solle sich nicht mit dem Durchgang zwischen Monheimer Tor und Rathauscenter und den rückwärtigen Parkplatzflächen befassen.

Der Vertreter der SPD-Fraktion werde dem Gutachterverfahren zustimmen, die finanziellen Aspekte der Maßnahme jedoch weiterhin sehr kritisch betrachten.

Der Vertreter der Verwaltung erinnert an das integrierte Handlungskonzept. Der rückwärtige Bereich des Rathauscenters werde in einem weiteren Gutachterverfahren zu einem späteren Zeitpunkt separat betrachtet. Hier wolle man dann mehrere Büros beauftragen. Es seien dann auch Gespräche mit den Eigentümern erforderlich.

Der Vertreter der CDU-Fraktion wünscht sich für die Planung ein großes Konzept mit großem Wettbewerb auch im Hinblick auf das Postgebäude Friedrichstraße. Ihm sei die notwendige Eile nicht klar. Hier bedürfe es mehr Zeit.

Der Vertreter der PETO-Fraktion sieht eine positive Entwicklungsmöglichkeit in dem Bereich.

Der Vertreter der Verwaltung erläutert, dass ein angemessener Zeitrahmen bestehe.

Nach Ende der Aussprache lässt der Vorsitzende über den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen „Für die Umgestaltung der Fußgängerzone Heinestraße und der Unterführung Friedrichstraße werden mehrere Gutachter beauftragt.“ abstimmen. Für den Antrag stimmen die CDU-Fraktion, die SPD-Fraktion und die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Gegen den Antrag stimmt die PETO-Fraktion. Damit ist der Antrag mehrheitlich abgelehnt.

Beschlussempfehlung

1. Die Aufstellung des Bebauungsplanes 77M 6. Änderung „Heinestraße“ wird gemäß § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) beschlossen. Ziel des Bebauungsplans ist die Revitalisierung der Fußgängerzone Heinestraße. Der räumliche Geltungsbereich des Bebauungsplans 77M 6. Änderung ergibt sich aus dem als Anlage 1 beigefügten Lageplan, der Bestandteil dieses Beschlusses ist.

2. Für die Umgestaltung der Fußgängerzone Heinestraße und der Unterführung Friedrichstraße wird ein Gutachterverfahren durchgeführt.
3. Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) wird im Rahmen des Gutachterverfahrens durchgeführt.

einstimmig zugestimmt

bei Enthaltung: SPD-Fraktion, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

16 Bebauungsplan 69B "Grazer Straße"

1. Beschluss öffentliche Auslegung

Vorlage: IX/1090

Der Vertreter der Verwaltung weist auf eine Änderung der textlichen Festsetzung hin. Demnach dürfen die Einfriedungen nicht höher als 1,80 Meter sein.

Beschlussempfehlung

- Der Bebauungsplanentwurf 69B „Grazer Straße“ wird gemäß § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) öffentlich ausgelegt

einstimmig zugestimmt

17 Bebauungsplan 103M "westlich Vereinsstraße"

Städtebauliches Gutachterverfahren zur Attraktivierung und Nachverdichtung der Baugebiete zwischen Rathausplatz und Gartenweg

Vorlage: IX/1094

Der Ausschussvorsitzende, Herr Eggert, macht für den Tagesordnungspunkt Ausschlussgründe geltend, begibt sich in den Zuhörerraum und nimmt nicht an der Beratung und Entscheidung des Tagesordnungspunktes teil. Die Sitzungsleitung für den Tagesordnungspunkt übernimmt der stellvertretende Vorsitzende, Herr Kögler.

Der Vertreter der Verwaltung erläutert eingangs die Vorlage.

Der Vertreter der CDU-Fraktion kann die Verwaltung bei der Planung nachvollziehen, kritisiert allerdings den Umgang mit dem Eigentum der Bürger. Weil die Bürger hier in Sorge seien werde die Fraktion dieses Thema ablehnen.

Der Vertreter der SPD-Fraktion hält die Anbindung der Stadtteile und die Absicht im Innenbereich Wohnungsbau durchzuführen für wertvoll. Die Tatsache der Möglichkeit einer Überplanung erfordere mehr Fingerspitzengefühl bezogen auf Nutzer und Eigentümer. Seine Fraktion werde den Fortgang kritisch betrachten.

Der Vertreter der Verwaltung verdeutlicht, dass Planung ein wichtiges kommunales Instrument der Entwicklung sei.

Der Vertreter der CDU-Fraktion äußert seine Besorgnis wegen der Maximierung der Verdichtung. Daneben sei es nicht akzeptabel alle Planungen gleichzeitig anzugehen.

Der Bürgermeister verweist auf die erfolgreiche Bebauung der Innenstadt in den vergangenen 20 Jahren. Der vorliegende Bereich könne, nachdem die Wohnungsgenossenschaft als Eigentümerin eine Überplanung wünsche, nunmehr behutsam weiterentwickelt werden.

Der Vertreter der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ist für die Planung, kann allerdings die Sorgen nachvollziehen.

Der Vertreter der PETO-Fraktion stellt klar, dass seine Fraktion nicht für eine maximal mögliche Innenverdichtung, sondern für eine Nachverdichtung bzw. Innenverdichtung stehe.

Beschlussempfehlung

1. Für die städtebauliche Nachverdichtung des Wohnquartiers zwischen Gartenweg und Rathausplatz wird ein konkurrierendes Gutachterverfahren durchgeführt.
2. Die Neugestaltung der Stadteingangssituation an der Opladener Straße, Vereinsstraße und am Monheimer Tor soll im Gutachterverfahren entwickelt werden.
3. Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) wird beschlossen und im Rahmen des Gutachterverfahrens durchgeführt.

mehrheitlich zugestimmt
dagegen: CDU-Fraktion

- 18 Bebauungsplan 52B 1.Änderung "Rheinradweg"**
1. Behandlung der Anregungen
2. Satzungsbeschluss
Vorlage: IX/1096

Zum Tagesordnungspunkt liegen keine Wortmeldungen vor.

Beschlussempfehlung

1. Die Anregungen aus den öffentlichen Beteiligungen der Planung werden zur Kenntnis genommen und entsprechend der Anlagen zur Vorlage beschlossen.
2. Der Bebauungsplan 52B 1.Änderung „Rheinradweg“ wird gemäß § 10 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) als Satzung beschlossen. Dem Bebauungsplan ist gemäß § 9 Abs. 8 BauGB eine Begründung beigelegt.

einstimmig zugestimmt

- 19 Bebauungsplan 49B - 2.Änderung "Gewerbegebiet Knipprather Busch"**
1. Behandlung der Anregungen
2. Satzungsbeschluss
Vorlage: IX/1083

Zum Tagesordnungspunkt liegen keine Wortmeldungen vor.

Beschlussempfehlung

- Die Anregungen aus den öffentlichen Beteiligungen der Planung werden zur Kenntnis genommen und entsprechend der Anlagen Nr. 8, 10, 12 und 14 zur Drucksache beschlossen.
- Die 2. Änderung des Bebauungsplans 49B „Gewerbegebiet Knipprather Busch“ wird gemäß § 10 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) als Satzung beschlossen. Dem Bebauungsplan ist gemäß § 9 Abs. 8 BauGB eine Begründung beigelegt.

einstimmig zugestimmt

20 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 19.04.2017 "Erstellung eines Zeitplans zur Umsetzung des vorliegenden Konzeptes für insekten- und bienenfreundliche Blühflächen"
Vorlage: IX/1117

Der Vertreter der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erläutert einführend den Antrag.

Der Bürgermeister erläutert, dass die Verwaltung die Blühflächen unterstütze, allerdings nicht durch einen Zeitplan. Das Konzept werde von der Verwaltung Stück für Stück umgesetzt.

Beschlussempfehlung

Nach Beratung und Diskussion

mehrheitlich abgelehnt

dafür: CDU-Fraktion, SPD-Fraktion, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

dagegen: PETO-Fraktion

21 Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 19.04.2017
"Baumfällungsbilanz"
Vorlage: IX/1116

Der Vertreter der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erläutert einführend die Anfrage und bittet um schriftliche Beantwortung.

Der Bürgermeister beantwortet die Anfrage und sagt eine Verschriftlichung der Antworten im Sitzungsprotokoll zu.

Insgesamt umfasse das städtische Baumkataster aktuell 10.000 Bäume. Bei den privat gefälltten Bäumen bei Baumaßnahmen müsse in der Regel innerhalb von 6 Monaten eine Ersatzpflanzung erfolgen. Hiervon gebe es jedoch Ausnahmen. Diese Ausnahmen führen dazu, dass bis zu 2 oder 3 Jahren nach der Fällung erst eine Ersatzpflanzung erfolgt.

Städtische Bäume:

Zu Frage 1: Im Jahr 2016 wurden 177 städtische Bäume gefällt.

Zu Frage 2: Es erfolgten 124 Fällungen wegen Baumaßnahmen und 53 aus Gründen der Verkehrssicherheit.

Zu Frage 3: Es sind 148 Ersatzpflanzungen für das Jahr 2016 vorgesehen.

Zu Frage 7: Für 29 Bäume sind keine Ersatzpflanzungen vorgesehen, da die Bäume abgestorben waren bzw. die gefälltten Bäume sich auf Flächen befanden die nicht unter die Baumschutzsatzung fallen.

Zu Frage 4: Die Frage lässt sich wie eingangs geschildert nicht scharf für das Jahr 2016 beantworten, da auch hier erst nach Baufertigstellung die Ersatzpflanzung erfolgen kann. Vorgesehen sind 148 Ersatzpflanzungen.

Zu Frage 6: Die Ersatzpflanzungen erfolgen auf allen städtischen Verkehrsflächen.

Private Bäume:

Zu Frage 1: Im Jahr 2016 erfolgten 282 Baumfällungen durch Privatleute.

Zu Frage 2: Es erfolgten 255 Fällungen wegen Baumaßnahmen und 27 aus Gründen der Verkehrssicherheit.

Zu Frage 3: Es sind 207 Ersatzpflanzungen für das Jahr 2016 vorgesehen.

Zu Frage 7: Für 75 Bäume sind keine Ersatzpflanzungen vorgesehen. Bei 3 Bäumen entfällt die Pflicht zur Ersatzpflanzung, da die Bäume aus brandschutztechnischen Gründen gefällt wurden. Die verbleibenden 72 Bäume wurden auf privatem, mittelbarem städtischen Grundstück des Allwetterbades gerodet. Hier ist flächentechnisch kein Ersatz möglich.

Zu Frage 6: Es besteht für die Bürger/innen die Möglichkeit sich in einem solchen Falle frei zu kaufen. Das vereinnahmte Geld fließt in Ersatzpflanzungen, die auf städtischen Grundstücken erfolgen.

Hinsichtlich Frage 8 werde die Verwaltung gerne eine regelmäßige jährliche Berichterstattung durchführen. Eine jährliche Bilanz werde allerdings wegen der zuvor geschilderten zeitlichen Verzögerung der Ersatzpflanzungen nicht möglich sein.

Der Vertreter der CDU-Fraktion ergänzt, dass die Pflicht zur Ersatzpflanzung durchaus im Privatbereich zu einer höheren Anzahl von tatsächlichen Ersatzpflanzungen führen könne. Er schlägt insofern die Erstellung einer jährlichen Tabelle vor.

Der Vertreter der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bedankt sich für die ausführliche Beantwortung und fragt, ob die Ersatzfläche Am Steinacker voll sei.

Der Bürgermeister antwortet, dass die Fläche Am Steinacker tatsächlich voll sei aber noch genügend weitere Flächen für Ersatzpflanzungen bestünden.

zur Kenntnis genommen

22 Mündliche Mitteilungen

22.1 Terminierung einer Sondersitzung des Ausschusses

Der Bürgermeister teilt mit, dass für den 24.05.2017 um 16:00 Uhr eine Sondersitzung des Ausschusses für Stadtplanung, Bauen, Umwelt und Verkehr terminiert wurde. Hauptthema werde der Denkmalschutz der Lottenschule.

23 Mündliche Anfragen

Zum Tagesordnungspunkt liegen keine Wortmeldungen vor.

Andy Eggert
Ausschussvorsitzender

Wolfgang Mansen
Schriftführer